


PRESSEMITTEILUNG

14 JULI 2020

Bericht an die Parlamente : *Sustainable Development Goals* - Agenda 2030 der UN: Umsetzung, Nachverfolgung und Berichterstattung durch die Behörden in Belgien



Der Rechnungshof hat untersucht, wie alle öffentlichen Behörden in Belgien sich im Hinblick auf die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals* – SDG) im Rahmen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verpflichten und organisieren. Er stellt fest, dass die Interministerielle Konferenz über nachhaltige Entwicklung, die für die Koordinierung der Politik in ganz Belgien (auf nationaler Ebene) sorgen soll, seit Ende 2017 nicht mehr zusammengetreten ist. Diese Koordinierung soll es Belgien ermöglichen, seinen internationalen Verpflichtungen im Rahmen der Agenda 2030 nachzukommen. Der Rechnungshof empfiehlt also der IMKNE, ihre Koordinierungsrolle wieder aufzunehmen. Im Rahmen ihrer Autonomie können die Regierungsebenen ihre politische Verpflichtung zur Agenda 2030 auf unterschiedliche Weise erfüllen. Er empfiehlt ihnen aber, ihre Pläne und Verpflichtungen in Übereinstimmung mit der nationalen Strategie auszuarbeiten, quantifizierbare Ziele zu setzen und daran politische Maßnahmen zu verknüpfen. Die Überwachungsindikatoren der SDG-Erreichung sollten mit den auf nationaler Ebene verwandten Indikatoren übereinstimmen und die Regierungsbehörden sollten ihre Berichterstattung über die SDG-Politik so aufstellen, dass die Ergebnisse auf nationaler Ebene koordiniert werden können.

Sustainable Development Goals

Bei der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in 2015 legten die Vereinten Nationen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals* – SDG) fest. Die SDG sind weiter in 169 Unterziele untergliedert, die fast alle Aspekte der Gesellschaft abdecken (www.sdgs.be).

Die verschiedenen Regierungsebenen in Belgien (Föderalstaat, Gemeinschaften und Regionen) haben die Verpflichtung, ein politisches Engagement für die SDG einzugehen. Ihre Politik dürfen sie selbständig ausarbeiten. Da sie für 133 der 169 Unterziele zusammen zuständig sind, sind aber Abstimmung und Koordinierung unerlässlich. Jede Regierungsebene soll ebenfalls beurteilen, inwieweit sie bereits politische Maßnahmen zur Erreichung dieser (Unter-)Ziele ergriffen hat und ob weiterer Handlungsbedarf besteht.

Der Rechnungshof hat geprüft, ob die belgischen Behörden ein adäquates System zur Umsetzung der SDG, zur Überwachung ihrer Fortschritte und zur Berichterstattung darüber eingerichtet haben. Besonderes Augenmerk legte der Rechnungshof dabei auf die Koordinierung innerhalb der und zwischen den Regierungsebenen. Die eigentlichen Ergebnisse der nachhaltigen Entwicklungspolitik wurden nicht geprüft.

Nationale Ebene: Interministerielle Konferenz über nachhaltige Entwicklung (IMKNE)

Im Rahmen der nationalen Koordinierung, die es Belgien ermöglichen soll, seinen internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Agenda 2030 nachzukommen, fungiert die Interministerielle Konferenz über nachhaltige Entwicklung (IMKNE) als Beratungsgremium. Die IMKNE arbeitete im Jahr 2017 die nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung aus, die eine Grundlage für einen kohärenten Ansatz der strategischen Nachhaltigkeitsleitlinien Belgiens schaffen soll. Sie trug zur *National Voluntary Review* bei, die der UN in 2017 vorgelegt wurde.

Die IMKNE ist aber seit Ende 2017 nicht mehr zusammengetreten. Die von ihr in 2017 erarbeitete nationale Strategie enthält keine spezifischen Ziele und die einbezogenen Kooperationsprojekte sind überwiegend prozessbasiert und umfassen keine Zielvorgaben. Der zweite Bewertungsbericht der nationalen Strategie, der für März 2019 geplant war, wurde noch nicht ausgearbeitet.

Die SDG-Politik wird auf nationaler Ebene anhand von Indikatoren überwacht. Für 34 Indikatoren wurde ein erster Stand der verfolgten Politik ermittelt. Das Interföderale Institut für Statistik erweiterte in 2018 diesen Indikatorensatz und sammelte Messdaten für 82 Indikatoren. Seit Februar 2020 wird eine Aufschlüsselung nach Regionen für 32 Indikatoren vorgenommen.

Regierungsebenen: Föderal-, Regions- und Gemeinschaftsebenen

Im Rahmen ihrer Autonomie haben die Regierungsebenen ihre politische Verpflichtung zur Agenda 2030 auf unterschiedliche Weise erfüllt. Die meisten von ihnen haben Strategiepläne zur nachhaltigen Entwicklung erstellt und Maßnahmen zur Einbeziehung von Bürgern und Stakeholdern entwickelt. Die Koordinierung innerhalb einer Regierungsebene wird auch unterschiedlich organisiert, was sowohl die Lenkung der Politik als auch die Koordinierung durch die Verwaltungsstellen betrifft. Obwohl die Haushaltspläne der Regierungsbehörden Mittel enthalten, die sich inhaltlich auf die SDG beziehen, ist eine explizite Verbindung zur Agenda 2030 eher außergewöhnlich. Die Vorbereitung der Politik wird auch unterschiedlich organisiert: die meisten Regierungsbehörden haben die bestehende Politik zur nachhaltigen Entwicklung in Vorbereitung ihrer Strategiepläne bewertet, aber diese Bewertung wurde nur auf föderaler und flämischer Ebene anhand eines Vergleichs mit den 17 SDG vorgenommen.

Die Indikatoren zur Überwachung der SDG innerhalb einer Regierungsebene wurden auch unterschiedlich ausgearbeitet. Oft fehlen Zielwerte und Nullpunktmessungen. Die Indikatoren stehen nicht deutlich in Verbindung mit den Regierungsprogrammen und -aktionen in den Strategieplänen rund um die SDG. In der Regel beschränkt sich die Berichterstattung über die SDG auf die Angabe der durchgeführten Aktionen, ohne sie mit den SDG zu vergleichen.

Empfehlungen auf nationaler Ebene

Der Rechnungshof empfiehlt der IMKNE, ihre Koordinierungsrolle wieder aufzunehmen und eine weitere internationale Berichterstattung durch eine aktualisierte *National Voluntary Review*, die aktuelle und quantifizierbare Ziele enthält und auf der Grundlage der Agenda 2030 ausgearbeitet wird, sicherzustellen. Zur Überwachung der SDG-Politik sollte das Interföderale Institut für Statistik Indikatoren, die alle Aspekte der SDG abdecken,

entwickeln. Die Indikatoren sollten auf einer ausreichend großen Stichprobe basieren, sodass sie auf die einzelnen Regionen aufgeteilt werden können.

Empfehlungen an die Regierungsebenen

Die verschiedenen Regierungsebenen sollten die aktualisierte nationale Strategie als gemeinsame Vision nutzen, in der ihre Strategiepläne und ihr weiteres politisches Engagement zur nachhaltigen Entwicklung formuliert werden. Darüber hinaus sollten sie darin die weltweiten SDG in konkrete und auf die eigene Regierungsebene orientierte Ziele umsetzen und dann die notwendigen politischen Maßnahmen daran verknüpfen.

Die Regierungsbehörden sollten Zielwerte für die Indikatoren festlegen.

Ferner empfiehlt der Rechnungshof, die Vorbereitung der Politik und die Einbeziehung der Bürger und der relevanten Stakeholder besser einzuplanen sowie die politischen Maßnahmen und Strategiepläne deutlicher zu koordinieren und überwachen, sodass eine periodische Berichterstattung an die Parlamente gewährleistet werden kann. Die Regierungsbehörden sollten die Verantwortlichkeiten aller öffentlichen Akteure klarstellen und die zur Erreichung der Ziele erforderlichen Mittel schätzen.

Die mit der Überwachung und Berichterstattung beauftragten Instanzen sollen sicherstellen, dass die von den verschiedenen Regierungsbehörden zur Überwachung der SDG-Erreichung verwendeten Indikatoren mit dem Indikatorensatz des Interföderalen Instituts für Statistik übereinstimmen. Diese Indikatoren sollen anhand von Zielwerten ausreichend messbar sein und so weit wie möglich mit den konkreten Maßnahmen oder Projekten verknüpft sein.

Schließlich sollen die Berichterstattung über die geführte SDG-Politik, die diesbezügliche Kommunikation und die Zeitplanung es ermöglichen, die Ergebnisse im Hinblick auf die nächste *National Voluntary Review* auf nationaler Ebene zu koordinieren.

Presseinformation

Der Rechnungshof kontrolliert die öffentlichen Finanzen des Föderalstaates, der Gemeinschaften, der Regionen und der Provinzen. Er trägt zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung bei, indem er den parlamentarischen Versammlungen, den Verwaltern und den geprüften Stellen nützliche und zuverlässige Informationen, die sich aus einer kontradiktorischen Untersuchung ergeben, übermittelt. Als Nebenorgan des Parlaments arbeitet der Rechnungshof unabhängig von den Behörden, die er kontrolliert.

Der Bericht *Sustainable Development Goals - Agenda 2030 der VN: Umsetzung, Nachverfolgung und Berichterstattung durch die Behörden in Belgien*, die Zusammenfassung und die vorliegende Pressemitteilung sind auf www.rechnungshof.be verfügbar.